

# Judenburger Rundschau

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 86, Dezember 2007 - Infopost - Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020 Graz

Zeitung der **KPO** Judenburg

## Pensionen: „Zu früh gefreut“ Preisanstieg frisst Erhöhung auf – Für Preisregelung!

„Ihr habt Euch zu früh gefreut.“ Das muss man leider den Pensionistinnen und Pensionisten sagen, die in diesen Tagen in den Medien hören, dass sie 2008 eine große Erhöhung ihrer Pensionen bekommen würden.

Die Fakten sehen anders aus. Der monatliche Anstieg der Nettopensionen wird ab Ende Jänner 2008 nur zwischen 19,96 Euro und 12,30 Euro monatlich ausmachen. Den Rest kassieren Finanzminister und Krankenversicherung. Der Anstieg des Krankenkassenbeitrages um weitere

0,15 % belastet alle älteren Menschen. Bereits in den vergangenen Jahren war der Krankenversicherungsbeitrag für sie angehoben worden.

Die Anhebung aller Pensionen um einen einheitlichen Sockelbetrag – beispielsweise 40 Euro - wäre viel gerechter gewesen.

Diese Pensionserhöhungen werden durch die bereits im Jahr 2007 erfolgte **Teuerung bei Grundnahrungsmitteln, Energie und Wohnkosten** mehr als wettgemacht. Die **amtliche Inflationsrate ist auf 2,8% gestiegen**. Die Ursachen dafür sind starke Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, aber auch bei Kosten für Wohnung, Wasser und Energie. Dies ist der höchste Wert seit März 2005.

Besonders stark verteuerte sich erneut der für Pensionisten relevante Warenkorb: Der Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) legte im Oktober auf 3,1 Prozent zu, nach

2,5 Prozent Jahresrate im Monat davor.

Im Jahr 2008 stehen weitere Teuerungen bevor.

Gemeinderätin Christine Erschbaumer: „Die Regierung darf die Preisexplosion bei Grundnahrungsmitteln nicht tatenlos hinnehmen. Schließlich sind gerade Menschen mit geringem Einkommen, Pensionisten, Arbeitslose und Alleinerzieherinnen besonders stark betroffen, wenn Milch, Brot oder Fleisch empfindlich teurer werden.“

Deshalb treten wir für eine **amtliche Preisregelung** bei Gütern des täglichen Bedarfs ein.

*Dieses System hat in den Jahren des Wiederaufbaus in Österreich funktioniert und wurde vor dem Beitritt zur EU abgeschafft.“*



### Hohe Benzinpreise

Die Benzinpreise sind in den letzten Monaten um 20% angestiegen. Einer der Hauptgewinner ist auch der Finanzminister der von jedem Liter Sprit mehr als die Hälfte an Mineralölsteuern kassiert – umso mehr je höher die Benzinpreise sind. Interessant ist, dass sowohl die vorige als auch die jetzige Regierung ein kurzes Preistief beim Benzin für eine Erhöhung

der Mineralölsteuer genutzt haben.

Aber das Geld wird ja im Straßenbereich gebraucht: Z.B. für die Abfertigung von drei AS-FINAG-Chefs – Christian Trattner (der SPÖ nahe stehend), Franz Lückler (ÖVP-Mann) und Mathias Reichhold (Ex-FPÖ-Verkehrsminister) – deren vorzeitiger Abschied mit je 720.000 Euro versüßt wird.



Wir wünschen unseren treuen Leserinnen und Lesern  
erholsame Weihnachtsfeiertage und ein  
glückliche Neues Jahr!

GR Christine Erschbaumer

KPO Steiermark

# ÖVP, SPÖ und Grüne gegen Volksabstimmung über EU- Vertrag

## Sie halten die Leute für blöd!

Der Vertrag von Lissabon soll die gescheiterte EU-Verfassung ersetzen. Auch dieses Papier enthält die Verpflichtung zur Aufrüstung, stellt die Neutralität Österreichs in Frage und fördert den Sozialabbau.

Darüber wollen SPÖ, ÖVP und leider auch Grüne wie Voggenhuber und Van der Bellen in der Öffentlichkeit nicht reden.

Sie ziehen den Beschluss über den Vertrag ohne Volksabstimmung durch.

Dagegen regt sich Widerstand. Nach der KPÖ haben sich auch EU-Abgeordneter Hans Peter Martin, die Kronen Zeitung und über 21 Organisationen mit der Forderung nach einer Volksabstimmung zu Wort gemeldet.

Nehmen Regierung und Parteien auf diese Forderung Rücksicht? Nein. Bundeskanzler Gusenbauer hat



im Gegenteil angekündigt, dass das Parlament den Vertrag im Eilzugstempore ratifizieren will. Christian Rainer, Herausgeber des Magazins Profil, zu dieser Vorgangsweise:

„Ich denke, in einem zivilisierten Land wie Österreich wiegt der Schaden an der Demokratie ziemlich schwer.“

Deshalb fordern mehr als 20 überparteiliche Organisationen aus den Friedens-, Antiatom-, globalisierungskritischen, Demokratie-, Datenschutz- und Gewerkschafts-Bewegungen eine

Volksabstimmung über

den EU-Reformvertrag. Sie haben sich in der Plattform [www.volxabstimmung.at](http://www.volxabstimmung.at) zusammengeschlossen.

Noch ist es nicht zu spät! Unterschreiben Sie für die Volksabstimmung. Zeigen Sie, dass Sie mit diesem Drüberfahren über die Bevölkerung nicht einverstanden sind!



### 113.000 arme Kinder in Österreich

Während Manager und Politiker Riesengehälter kassieren, erscheint eine Meldung in den Medien, dass es in Österreich offiziell zirka 113.000 arme Kinder gibt. Dabei haben sich seinerzeit Mock und Ederer redlich angestrengt, dass es in Österreich für die Bevölkerung durch den EU-Beitritt „besser“ wird... Auch die Menschenrechte sollten geschützt bleiben! Gelten für die genannten Kinder nicht auch die Menschenrechte?

### Auch in Murdorf Taxischeine

Eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer in der Gemeinderatssitzung am 8. November brachte Klarheit: Personen, die sich schwer tun, eine der Bus-

Haltestellen von Murdorf zu erreichen, können mit einer ärztlichen Bestätigung im Bürgerservice-Büro verbilligte Taxischeine bekommen.

## PLATTFORM **Volxabstimmung** über den EU-„Reform“ Vertrag

[www.volxabstimmung.at](http://www.volxabstimmung.at)

Der EU-Verfassungsvertrag, der die Grundordnung und Politikbereiche der EU regeln will, ist aufgrund ablehnender Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden

gescheitert. Stattdessen sollen nun dieselben Inhalte des EU-Verfassungsvertrags in die bestehenden Verträge der EU eingearbeitet werden (dh. in den bestehenden EU-Vertrag und in

den bestehenden EG-Vertrag, der künftig umbenannt werden soll: Vertrag über die Arbeitsweise der EU). Der EU-Reformvertrag wirkt sich auf viele Lebensbereiche der Österreicher

innen und Österreicher aus. Es gibt daher keinen Grund, die Betroffenen nicht selber über den EU-Reformvertrag entscheiden zu lassen.

### Ich fordere eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag in Österreich

Name	Adresse	Datum	Unterschrift

## WAS UNS EIN- UND AUFFÄLLT...

...dass der Tagesordnungspunkt **Stadtwerke Judenburg AG** (Bilanz) in der Gemeinderatssitzung am 13. September 2007 nicht öffentlich abgehandelt wurde. Die KPÖ stimmte gegen diese Vorgangsweise und trat für eine öffentliche Diskussion über diesen „stadteigenen“ Betrieb ein.

✕

...dass bei der **Mahnmalfeier** am 31. Oktober Daniela-Christiana Bichiou (Studentin) namens der SP-Jugend zum Thema Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit Stellung genommen hat. Es ist sehr positiv, dass sich auch junge Leute damit auseinandersetzen.

✕

...dass der **Aktionstag Depression** unter dem Titel „10 Schritte aus der Dunkelheit“ ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung über diese Krankheit war.

✕

...dass das Integrationszentrum Simultania für Menschen mit Behinderung am 13. 11. 2007 die Erweiterung des Projektes um 15 Wohneinheiten begeben konnte. Für alle Personen, die für die verantwortungsvollen Aufgaben

dieses Projektes zuständig sind, gilt **Lob und Anerkennung!** Insbesondere auch den beiden Initiatoren, dem Geschäftsführer Reinhard Kollmann und dem Pädagogen Helmut Ploschnitznigg (Plo).

✕

...dass der gesamte Gemeinderat von Judenburg gegen den vom Land geplanten **Neubau der Murbücke** in Judenburg und statt dessen für eine **Sanierung** der bestehenden Brücke eintritt. Der Neubau würde nicht ins Stadtbild passen.

✕

... dass man die **Langzeitwirkung** von Brutalfilmen und Brutalvideos nicht außer Acht lassen soll, wenn man nach der Ursache von Gewalt unter Jugendlichen fragt. Hier wird großer Profit auf Kosten der Humanität gemacht. Solche Geschäfte kann man ncith einfach dem „freien Markt“ überlassen.

✕

..dass die **Liftpreise** in den steirischen Skigebieten auch heuer wieder kräftig erhöht worden sind. So kostet die Tageskarte im Lachtal 29,50 (28,50) Euro.



Bei der Abfallentsorgung kommt es zu großen Ungerechtigkeiten. Der Preisunterschied für vergleichbare Leistungen in den steirischen Regionen beträgt bis zu 300%.

In der Broschüre „Wege aus der Abfallmisere“ beschäftigt sich die steirische KPÖ mit der Geschäftemacherei mit Müll. Wir senden sie Interessierten gerne zu: Tel. 0316/ 22 59 32..

**Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohnes zustehen!**

## Kommentar

Von KPÖ-  
Gemeinderätin  
Christine Erschbaumer



## Wird das neue Projekt in Judenburg-West kommen?

*Liebe Judenburgerin!  
Lieber Judenburger!*

Meiner Meinung nach „ja“! Auch aus den Medien erfuhr man darüber. Hier wäre geplant, dort wo sich zur Zeit noch die Waschstraße befindet, einen neuen Betrieb zu errichten.

Der neue Bau würde nicht nur eine neue Autoaufbereitungshalle umfassen, sondern auch Büros und natürlich auch eine Jausenstation. Das würde doch passen.

Aber gar **kein Verständnis** hat ein großer Teil der Bevölkerung für ein „Laufhaus“ (Bordell) in diesem Gebäude. **Die Anrainer schon gar nicht!**

Die bestimmenden Stadtpolitiker wissen, dass dieser westliche Teil von Judenburg für Betriebe nicht mehr der „Renner“ ist. Sie werden sich wahrscheinlich kaum trauen, diesem Vorhaben eine Absage zu erteilen. Vom Baurecht her gibt es keinen Verhinderungsgrund.

Ich als kommunistische Gemeinderätin werde dem Bordellbetrieb keine Zustimmung geben! Dies ist in keinem Fall eine Aufwertung für unsere Stadt!

**Meint**

**Ihre KPÖ-Gemeinderätin  
Christine Erschbaumer**



## SAALVERMIETUNG

**Günstige Gelegenheit für Veranstaltungen und Feiern!  
Die Resti-Fohnsdorf**

Suchen Sie  
Räumlichkeiten  
für eine größere  
Gesellschaft?



**Anfragen und Informationen:  
KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21 66**

## Anni Leitner Weg – Jetzt liegt es an der Diözese

Eshängt jetzt an der Diözese Graz-Seckau, ob die Benennung des Weges hinter dem Friedhof nach der Judenburger Widerstandskämpferin Anni Leitner gestattet wird. Der Weg befindet sich nämlich auf Kirchengrund. Eine Würdigung des Widerstandes gegen die Nazis



Widerstandskämpferin Anna Leitner

wäre sehr mutig. Der Name der Kommunistin Anni Leitner steht stellvertretend für Sozialisten, Christen und Kommunisten, die gegen Hitler gekämpft haben. Damit könnte endlich eine langjährige Forderung der KPÖ-Gemeinderätin Erschbaumer erfüllt werden.

## Da staunt Gemeinderätin Erschbaumer: Gemeinde ist für Stadtwerke nicht zuständig!

Ich habe an die Stadtgemeinde appelliert, weil unsere Stadt eine neue Aufbahrungs- und Verabschiedungshalle braucht. Das haben Sie, liebe Judenburgerinnen und Judenburger, sicherlich noch aus der letzten Ausgabe unserer Zeitung in Erinnerung.

In dieser Sache erfuhr ich von Bürgermeisterin Gruber sinngemäß, dass dafür nicht die Stadtgemeinde zuständig ist, sondern die Stadtwerke.

Die KPÖ hat seinerzeit als einzige Partei gegen die Ausgliederung der Stadtwerke aus der Gemeindeverwaltung gestimmt. Wie sich jetzt herausstellt, waren und sind wir mit dieser Haltung voll und ganz im Recht.

Es heißt doch immer: Die Stadtgemeinde ist die Eigentümerin der Stadtwerke. Mich verwundert es sehr: Normalerweise bestimmt der Eigentümer, ob etwas gebaut wird oder nicht.

So wie ich die Sache ergründet habe, sind die Stadtwerke nicht nur eine eigene GmbH, laut einem Vertrag sind sie auch Eigentümer von Gebäuden und Grundstücken. Die Stadtgemeinde erhält nur alljährlich einen prozentuellen Gewinnanteil von den Stadtwerken.

So hängt es von den Stadtwerken ab, ob Judenburg eine neue Aufbahrungs- und Verabschiedungshalle bekommt: Hoffentlich bald!"

GR Christine Erschbaumer



## TIERECKE Mehr Verständnis ist gefragt

Ich schätze die Tierschützer, die Tierheimleiter und die dazu gehörenden Helfer sehr. Diese Menschen erleben in ihrem Alltag sehr viel Tierleid. Oft kann daraus sogar Verbitterung aufkeimen.

Jüngst machte ich selbst eine „betroffene Erfahrung“. Für den Gnadenhof Knittelfeld droht nach dem Tod der fürsorglichen Leiterin Frau Steinhauser das Aus für den doch schon veralteten Gnadenhof.

Seit Jahren bin ich Patin für zwei Hunde gewesen. Einer verstarb und Cora (12 Jahre) wollte ich zu mir nehmen.

Das scheiterte aber daran: Cora war nicht stubenrein, was mir vorher nicht mitgeteilt wurde. Die alte Hündin was nämlich darauf fixiert ihre Notdurft nicht im Freien, sondern bei der Rückkehr in die Wohnung zu verrichten. Dieses Problem schaffte ich körperlich nicht. Ich mußte sie deshalb zurück ins Heim bringen.

Die provisorische Leiterin zeigte für meine Lage kein Verständnis und beendete das Telefonat abrupt. Später erfolgte eine Entschuldigung. Insgesamt wäre mehr Verständnis gefragt.

Das meint Ihre Tierfreundin Gemeinderätin Christine Erschbaumer



## MEINUNG

Ernest Kaltenecker, KPÖ-Klubobmann im Landtag



## Geschäftemacher und ihre politischen Freunde

Einige Branchen in der Wirtschaft bemühen sich außerordentlich um Freunde in der Politik. Offensichtlich auch mit Erfolg. So zum Beispiel jene, die ihr Geschäft mit dem Glücksspiel macht. Nicht wenige einflussreiche Politiker haben oder hatten sehr intensive Beziehungen zu Glücksspielunternehmen. Direkt in der Branche tätig sind der ehemalige Finanzminister Androsch und der Ex-ÖVP-Nationalratsabgeordnete Paul Burgstaller. Der Geldautomatenhersteller und Wettcafebetreiber Novomatic (Admiral Sportwetten) hat ebenfalls viele einflussreiche Freunde. War doch der derzeitige Wissenschaftsminister Hahn (ÖVP) vor seinem Einstieg in die Politik Vorstandsdirektor dieses Unternehmens. Der ehemalige Innenminister Schlögl (SPÖ) wiederum sitzt heute im Aufsichtsrat der Novomatic.

Andere Politiker bemühen sich scheinbar aus freien Stücken eifrig um die Interessen der Glücksspielbetreiber. Beispielsweise plustert sich kürzlich BZÖ-Boss Westenthaler fürchterlich über das noch bestehende staatliche Glücksspielmonopol in Österreich auf und forderte Freiheit für alle Geschäftemacher in diesem Bereich. Er will sogar den Europäischen Gerichtshof bemühen, damit es endlich freie Bahn für noch mehr Geldspielautomaten gibt.

Neudeutsch wird die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik als Lobbyismus bezeichnet. Das Allgemeinwohl bleibt dabei oft auf der Strecke. Nicht umsonst heißt es schon in einem alten Sprichwort: „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing!". Vor allem, wenn das Brot noch dazu so schön delikats belegt ist...

E. Kaltenecker, 0316 / 877 5104